

## 15. Mai 1970: Information des Vorsitzenden des KGB, Ju. V. Andropov, an das ZK der KPdSU über die westdeutsche Position beim geplanten deutsch-deutschen Gipfeltreffen in Kassel\*

Streng geheim

Das Komitee für Staatssicherheit erhielt über die Quelle aus Regierungskreisen der BRD Informationen über die Position der westdeutschen Seite hinsichtlich des bevorstehenden Treffens der Regierungschefs der DDR und BRD in Kassel.

Die Regierung der BRD möchte, dass in Kassel – im Unterscheid zu Erfurt, wo [beide] Seiten nur Erklärungen ausgetauscht haben – eine Erörterung der überfälligen Probleme stattfindet, um Möglichkeiten für den Abschluss entsprechender Verträge zur Regelung der Beziehungen der zwei deutschen Staaten zu schaffen. Die DDR hat ihren Vertragsentwurf schon vorgelegt, jedoch ist er, nach Meinung Bonns, zwar „der Form nach vollständig, enthält aber keine Punkte, die eine Regelung konkreter Fragen vorsehen“. In Zusammenhang damit möchte Brandt, neben dem wichtigsten Problem – der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen – die Möglichkeit des Abschlusses entsprechender Abkommen über die Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich Verkehrsanbindung, Postverbindungen, Sport und Kultur erörtern.

Die derzeitige Regierung ist im Gegensatz zur vorherigen, die versuchte, solche Fragen auf administrativer Ebene zu regeln, bereit, diese Fragen in Form von Abkommen zu lösen. Dabei geht Brandt davon aus, dass alle Verträge und Abkommen, die zwischen den beiden deutschen Staaten geschlossen werden können, das Recht der vier Mächte in Bezug auf Deutschland nicht beeinträchtigen dürfen.

Außerdem sollte man sich in Kassel, nach Brandts Meinung, über eine gemeinsame Erklärung beider deutscher Staaten bezüglich ihrer Aufnahme als Mitglieder in die Vereinten Nationen verständigen.

Nach Brandts Meinung sollten zum Zwecke eines ergebnisorientierten Treffens in Kassel die Vertreter beider Seiten alle genannten Fragen entwurfsmäßig vorbereiten. Nach Meinung der westdeutschen Regierung ist auch ein Austausch der ständigen Büros für die Vorbereitung von Treffen der Regierungschefs möglich. Brandt glaubt, dass die Öffentlichkeit beider Staaten die Einrichtung solcher Büros als einen Austausch der Ständigen Vertreter, die den Abschluss eines Vertrags über die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den deutschen Staaten vorbereiten, aufnehmen würde.

Wie die Quelle jedoch anmerkte, beschäftigte sich der Vertreter der DDR in der Vorbereitung des Treffens in Kassel bisher nur mit prozeduralen Fragen und Fragen der Gewährleistung der Sicherheit für die DDR-Delegation. So spräche der Vertreter der DDR konkret während der technischen Verhandlungen nur über Dinge wie die Notwendigkeit, Stoph mit einem gepanzerten Wagen „Mercedes 600“ auszustatten, in dem er vom Bahnhof zum Hotel, dem Ort des Treffens, fahren würde; er verlangte, die DDR-Flagge zusätzlich an der Grenze und auf dem Platz vor dem Bahnhof zu hissen, [und] bestehe auf der Stellung einer Ehrengarde vor dem Hotel. Die westdeutsche Seite habe diese Forderungen akzeptiert, außer der letzten, mit der Bemerkung, dass eine Ehrengarde in der BRD nur den Staatsoberhäuptern zustehe.

---

\* RGANI, F. 5, op. 62, d. 496, S. 53–55. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 15. Mai 1970, Nr. 1334-A, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 15901, 16. Mai 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-e.“ Vermerk: „Bitte Gen. B. N. Ponomarev vorzulegen. 18. Mai. 1970, E[unleserlich].“ Hs. vermerkt: „Siehe S. 2, B.[Unleserlich].“ Drei Unterschriften: Katušev, zwei unleserlich. – Hs. vermerkt: „Gen K. V. Rusakov und [Name unleserlich] in Kenntnis gesetzt, B.[Unleserlich].“ Hs. verfügt: „Ins Archiv, N. Krasnova, 3. Juni 1970.“

Der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit

Andropov<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Hs. unterzeichnet.